

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1934

37 (27.3.1934)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-892686](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-892686)

Nachrichten

für Stadt Elsfleth und Umgebung



Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch
auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises
Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.

Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vor-
mittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten.
Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter
Rabatt hinfällig.

Bezugspreis mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Pfspf. D. II 84: 580. Druck und Verlag: E. Zirk, Elsfleth.
Ganzjahreslieferung: 5. Zirk, Elsfleth, Stellvertreter: Fritz Fromm, Verne. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 5 Pfspf, Familienanzeigen die Millimeterzeile 4 Pfspf
Fernruf 390 (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Pfspf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: E. Zirk, Elsfleth. Schließfach 17

Nr. 37

Elsfleth, Dienstag, den 27. März

1934

Großbanken in der Arbeitschlacht

Während des ersten Jahres der nationalsozialistischen Reichsregierung hat sich im Wirtschaftslieben Deutschlands eine entscheidende Wendung zum Besseren vollzogen. Sie war das Ergebnis tatkräftiger staatlicher Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftspolitik, aber auch wieder gesteigerte Unternehmungslust auf der Grundlage einer aus der politischen Neuordnung geborenen Vertrauenskräftigung. Mit dieser grundsätzlichen Feststellung leitet der Vorstand der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft seinen Geschäftsbericht für 1933 ein. Wenn man hiermit in diesem die im Bilanz- und Geschäftsbericht ausgewiesenen Ziffern vergleicht, dann scheint man hier vor einem Widerspruch zu stehen: Der Reingewinn ist mit 25,9 Millionen noch rund 1,4 Millionen niedriger als im Vorjahre, die Bilanzsumme hat sich von 3,3 Milliarden auf 3,0 Milliarden erhöht, die Gläubiger sind von 2,8 Milliarden auf 2,6 Milliarden zurückgegangen, die debitorischen Ausleihungen erschienen von 1,7 Milliarden auf 1,6 Milliarden getüßt, die Zahl der Konten hat sich von 791 000 auf 779 000 verringert, die Gesamtumläufe sind von rund 95 Milliarden im Jahre 1932 auf rund 91 Milliarden im Jahre 1933 zurückgegangen. Und eine Dividende wird auch diesmal wieder nicht ausgeschüttet.

In Wirklichkeit werden die tatsächlichen Vorgänge, die hinter diesen Ziffern stehen, durch zwei nicht in der Macht der Banken liegende Faktoren gründlich verschleiert. Das ist einmal die ihrer besonderen Eigenart entsprechende Schrumpfung des Geschäftslaufes mit den Auswirkungen, und das ist in zweiter Linie die immer noch nicht ganz abgeschlossene liquidierte Belastung aus den hinter uns liegenden Kriegsjahren.

Die Schrumpfung des Auslandsgeschäftes ergibt in der Tat, wie das Beispiel der DD-Bank zeigt, eine starke Verzerrung der tatsächlichen Entwicklung. Es ist immerhin schon bemerkenswert, daß der Rückgang des Gesamtumsatzes 1931/32 noch 35 Prozent betrug, 1932/33 aber nur noch 4 Prozent. So ist zu beachten, daß mit dem Abklingen der Außenhandelsziffern von 10,4 Milliarden 1932 auf 9,1 Milliarden 1933 eine beträchtliche Umlageverminderung im Rembour-Geschäft gegeben war. Entsprechendes gilt für die Rückgänge der Kontenanzahl. Für diese sind ausschließlich die Rückgänge der Banknoten maßgebend gewesen, denn dieselben um ein Drittel abgenommen, während die Zahl der Reichsmarknoten nur um 1 pro Milie zurückgegangen ist. In praktisch alle überhand nicht abgenommen hat. Weiter: Der Rückgang der Kreditoren ist ausschließlich auf den Abgang von Zahlungsgeldern, sowie auf den Kurzurückgang von Dollar und Pfund zurückzuführen, während die Reichsmarkteinstellungen der Bank gegenüber dem Vorjahre überhaupt keinen Rückgang aufweisen.

Bei der vergleichsweise Gegenüberstellung der Kreditoren- und Debitorenentwicklung ergibt sich der Einblick in den neuen positiven Fortschritt: Daß die Reichsmarkteinstellungen überhaupt nicht mehr zurückgegangen sind, bedeutet in Wirklichkeit schon eine Vermehrung der auf dem Umwege über die Bank der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Gelder der Kundenschaft. Denn man muß berücksichtigen, daß inzwischen auch noch ein weiterer, zu mindestens formeller, äußerlicher Abgang an fremden Geldern darin bereits miteinhalten ist, weil zahlreiche Kunden der Bank im Laufe des Geschäftsjahres bedeutende Teile ihrer Bankguthaben entweder in Effekten umgewandelt haben, oder aber zu produktiven Zwecken in die Wirtschaft zurückgerufen haben. Es hat also, da per Saldo die Reichsmarkteinstellungen nicht gelunken sind, ein beträchtlicher Zufluss an neuem Geld stattgefunden.

Eine noch deutlichere Sprache reden die Vergleichsziffern auf der Debitorenseite. Das Debitorentonio hat nur um rund 58 Millionen abgenommen, also nur um einen Bruchteil des Rückganges der fremden Gelder; was nur ein anderer Ausdruck dafür ist, daß die Bank die Zuleitungen zum Debitorentonio stärker geöffnet hat, als es früher zweckmäßig erschien. Eine Maßnahme, die ihre Rechtfertigung vor allem in der allgemeinen großen Stärkung des Wirtschaftens findet.

Nun haben aber auch die wirtschaftlichen Erfolge der neuen Regierung das Debitorengeschehen in erheblichen Umfang aufgelockert und von innen her entlastet, derart, daß wenn auch immer noch Restengagements der Kriegszeit zu liquidieren übrig bleiben, immerhin zahlreiche bisher eingeleitete Kredite zur Rückzahlung gekommen sind. Die Großbanken haben, wenn man das Beispiel der DD-Bank als typisch nehmen darf, von dieser Erleichterung der Debitorenentlastung (und zweifellos sogar darüber hinaus) reichlichen Gebrauch gemacht, sich in die Front des Wiederaufbaues und der Arbeitsbeschaffung einzureihen. So hat die DD-Bank nicht weniger als 700 Millionen RM im abgelaufenen Geschäftsjahr der Wirtschaft neu zugeführt; das bedeutet eine Steigerung der neuen Ausleihungen gegenüber dem Vorjahre auf mehr als das zweieinhalbfache, es bedeutet gleichzeitig, daß nicht weniger als 35 Prozent der Debitoren einschließlich Warenvorräte, wie sie am Jahresanfang bestanden, im Laufe des Geschäftsjahres neu ausgeliehen worden sind. Diese Neuausleihungen zu produktiven Zwecken

sind nicht weniger als rund 118 000 neuen Darlehnsnehmern zugute gekommen. Man kann daraus ersehen, daß der durchschnittliche Betrag, der im Geschäftsjahr 1933 neu ausgebenen Kredite mit etwa 6000 RM anzusetzen ist, woraus sich eine starke Verdopplung des Mittelumsatzes ergibt. Einleuchtend ist, denn diese Durchschnittsziffer liegt vermutlich nicht mehr sehr viel über der Durchschnittshöhe der Kreditoren. Nicht in Rechnung gestellt ist hierbei die unmittelbare Beteiligung an der staatlichen Arbeitsbeschaffungaktion.

Man hat aber auch zur direkten Entlastung des Arbeitsmarktes in größerem Umfange beigetragen. Die Personalziffern bringen einen Teil dieser Maßnahmen deutlich zum Ausdruck. Es sind nahezu 1000 Arbeitnehmende bei der DD-Bank 1933 neu eingestellt worden, so daß trotz unumgänglicher Pensionierungen, Abgang weiblicher Angestellter vor allem durch Verheiratung und sonstiger Personalabgänge das Gesamtpersonal höher ist wie im Vorjahre.

Der Jahresabschluss der DD-Bank weist also die Einschaltung des privatwirtschaftlichen Unternehmens in den nationalsozialistischen Wiederaufbau der Wirtschaft gleichsam ziffernmäßig nach.

Die neuen Gesetzesmaßnahmen

Reichsverweigungen von Ausländern.

Das vom Reichsministerium verabschiedete Gesetz über Reichsverweigungen setzt in erster Linie länderrechtliche Bestimmungen auf diesem Gebiet zusammen. Es bestimmt, daß Verweigungen aus dem Gebiet eines Landes nicht mehr stattfinden, sondern nur noch das Gebot des Verlassens und das Verbot des Wiederbetretens des Reichsgebietes ausgesprochen werden können. Ein Ausländer kann aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden, wenn gegen ihn im Inlande wegen eines Verbrechens oder Vergehens oder im Auslande wegen einer Tat, die nach deutschem Recht als Verbrechen oder Vergehen gilt, rechtskräftig auf Strafe erkannt worden ist, wenn sein Verhalten geeignet ist, die Beziehungen des Reiches zum Auslande zu gefährden, wenn er gegen Vorschriften des Steuerrechts, Zollrechts, Monopolrechts, Devisenrechts oder gegen die Ein- und Ausfuhrverbote verstoßen hat, wenn er sich nach den polizeilichen Bestimmungen unbefugt in Deutschland aufhält, oder gegen die polizeilichen Meldevorschriften verstoßen hat, wenn die öffentliche Gesundheit oder Sittlichkeit gefährdet, oder wenn er wegen Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge aufgefördert wird, in einen anderen Staat, dessen Lebensnahrungspflichtig festgestellt, abzureisen.

Aufhebung des Banntreises

Das Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Befriedung der Gebäude des Reichstages und der Landtage befreit ein Ueberbleibsel aus parlamentarischer Zeit. Es sah vor, daß mit Zustimmung der Reichsregierung oder von den zuständigen Landesregierungen bestimmten Bannreisen des Reichstagesgebäudes und der Landtagsgebäude Verammlungen unter freiem Himmel und Unzucht im allgemeinen nicht und nur in Ausnahmefällen mit besonderer Genehmigung stattfinden durften. Für den Reichstag bedarf es, nachdem das deutsche Volk sich in voller Einmütigkeit zum nationalsozialistischen Staat und seiner Führung bekannt hat, eines solchen äußeren Schutzes nicht mehr. Die Polizei hat außerdem ausreichende Mittel an der Hand, um eine etwa nicht erwünschte Veranstaltung in dieser Gegend zu verhindern und bedarf dazu keiner besonderen Gesetze.

Industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate

Die zunehmende Devisenknappheit der Reichsbank macht eine schärfere Ueberwachung der Einfuhr und damit des Devisenbedarfs notwendig. Zu diesem Zwecke ist vom Reichsministerium das Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten erlassen worden, durch das die Verbringung der Industrie mit den lebenswichtigsten Rohstoffen in einer wirtschaftlich möglichst günstigen Weise sichergestellt wird. Es sollen vor allem damit auch die Voraussetzungen für eine reibungslose und stetige Durchführung der Arbeitsbeschaffung erhalten werden.

Um jede unerwünschte Rückwirkung dieser Maßnahmen auf die Preisbildung im Inland zu verhindern, wird ferner eine Verordnung erlassen, die jede unberechtigte Preis-erhöhung auf dem gesamten Textilgebiet verbietet und unter Strafe stellt.

Aufhebung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats

Durch Reichsgesetz wird der vorläufige Reichswirtschaftsrat aufgehoben. Nachdem zwar das Gesetz vom 5. April 1933 die rechtlichen Grundlagen für eine Umgestaltung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats als vorläufiger Zwischenbildung geschaffen hatte, von dieser Möglichkeit jedoch durch Verordnung neuer Mitglieder für die dortigerorts kein Gebrauch gemacht worden war, ist die behördliche Einrichtung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats entbehrlich geworden. Es besteht kein Bedürfnis, sie noch bis zu ihrer Auflösung durch die etwaige spätere Krönung des ständischen Aufbaus zu erhalten.

Arbeitschlacht 1934

Reinhardt über die Ausichten des Regierungsprogramms.

Ueber die Arbeitschlacht im Jahre 1934 sprach vor der Presse der Staatssekretär in Reichsfinanzministerium Reinhardt.

Er bezeugte größtes Vertrauen in die Anfränkungen des Staates und der Wirtschaft, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden.

Er glaubt, daß Ende März die Notkurve der Erwerbslosenziffer die Drei-Millionen-Grenze erreiche, ja vielleicht unterschreiten werde.

Daß im August nur noch etwa 2 Millionen Arbeitslose würden feiern müssen und daß ein Wiederanstieg der Zahlen in größerem Maßstabe nicht zu befürchten sei.

Insgesamt 3 Milliarden RM würden aus öffentlichen Mitteln teils direkt teils mittelbar über Steuervergünstigungen usw. im Verlauf der diesjährigen Arbeitschlacht eingesetzt, das sind 50 v. H. mehr als im vergangenen Jahre. Aus diesem sei noch ein großer Arbeitsvorrat vorhanden, der auf etwa 1 Milliarde zu schätzen sei, da sich viele Maßnahmen erst in diesem Jahre voll auswirken würden.

Der Staatssekretär gab auch Zahlen über die Entwicklung der Ehestandsbeihilfen bekannt. Im August 1933, als diese die Wirtschaft hart lebende Maßnahme des Kabinetts einleitete, wurden 8346 Gehülde bewilligt, im Dezember waren es bereits 40 980, im Januar 1934 noch immer 34 260, so daß zunächst gefordert werden mußte.

Im kommenden April werden rund 50 000 Bewilligungen erteilt werden können, im Jahre 1934 werden es insgesamt 200 000 sein in Höhe eines Gesamtbetrages von 150 Millionen.

An Mitteln, die für die Arbeitschlacht weiterhin zur Verfügung gestellt werden, führte der Staatssekretär an: Das Gesetz über die Steuerfreiheit bei Erbschaftsbeschlüssen gelte noch bis 31. Dezember 1934. Das Steueraufkommen im Etat sei absichtlich niedriger angelegt, weil erwartet werde, daß die Erbschaftsbeschlüsse in größerem Umfange weitergeführt werden würde. 300 Millionen können in Steuerzuschüssen, davon seien noch 150 Millionen in der Hand der Steuerpflichtigen, 150 in der Hand der Banken.

Es ständen weiter 50 Millionen für die Vermehrung der Zahl der Hausgehilfen zur Verfügung.

300 Millionen würden durch die Erleichterungen bei der Abgabe für die Arbeitslosenhilfe in den Konsum hineingeleitet werden.

100 Millionen ständen der Landwirtschaft aus der Senkung der Grundsteuer zur Verfügung. 750 Millionen würden für die Autobahnen ausgegeben.

Der Staatssekretär erläuterte weiter die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes über die Erhaltung und Hebung der Kaufkraft, dessen Ziel u. a. sei, die Spanne zwischen rohem und reinem Lohne zu verringern, die durch alle möglichen Abgaben, Beiträge usw. zu groß geworden sei.

In dieser Verbindung stelle er mit, daß die freiwillige Spende für Arbeitsbeschaffung insgesamt 130 Millionen RM ergeben hätte.

Die Arbeitslosenabgabe hätte bisher 530 Millionen erbracht, sie sei jetzt um 300 Millionen gekürzt. Die Entlastung kommt den kinderreichen und minderbemittelten Kreisen zugute und würden den Konsum vergrößern.

Diese Lohnentlastung sei nur ein erster Schritt auf dem Wege zur General-Steuerreform, die im Herbst 1934 kommen werde und eine allgemeine Lastenentlastung einleiten werde.

Beschleunigung des Güterverkehrs

Schnellgüterzug mit 90-Stundenkilometer-Geschwindigkeit.

Mit der Einführung des Sommerfahrplans bei der Reichsbahn am 15. Mai d. J. tritt auch auf dem Gebiet des Güterverkehrs eine wesentliche Neuerung ein. Die Reichsbahn hat sich nämlich auf ihrer letzten Besprechung über den Güterzugverkehr auf Einführung einer erheblichen Beschleunigung im Güterzugverkehr entschlossen.

Auf der Strecke Hamburg-Berlin, auf der der Vorkriegsabstand auf 1200 Meter erreicht ist, werden erstmalig verkehrsweises Güterzüge mit 75 Stundenkilometer Geschwindigkeit vom 15. Mai 1934 ab gefahren, wodurch besonders im Verkehr nach Sachsen und darüber hinaus erhebliche Zeitgewinne erzielt werden. Unter Verwendung neuangelegter Wagen wird erstmalig für die Dauer der Frühbühnen in Mittelbaden, in der Pfalz und am Rhein ein Schnellgüterzug nach Berlin und Hamburg mit 90 Stundenkilometern regelmäßig gefahren.

Die an Vortag in den Erzgebirgsgebieten geernteten Früchte stehen bei Marktbeginn am folgenden Tage in Berlin, Hamburg und Leipzig und am Nachmittag des folgenden Tages in Königsberg in Preußen Verbrauchern zur Verfügung. Der Schnellgüterzug Bielefeld (Baden)-Berlin erreicht eine durchschnittliche Reisegeschwindigkeit von 57 Stundenkilometern und übertrifft damit den bisher schnellsten Güterzug der Reichsbahn Basel-Monken (Belgien).

Steuerreform

Deutschlands Finanz- und Wirtschaftspolitik

Reichsfinanzminister Graf Scherwin von Krojtz hielt in der Universitäts-Minister einen großangelegten Vortrag über das Thema: „Öffentliche Finanzen und Wirtschaft“. Der Minister gab zunächst einen Überblick über die Finanzpolitik der letzten Jahre und zeigte dabei auf, wie ungeheuer schicksalsverwunden die Wirtschaft und öffentlichen Finanzen sind. Das Jahr 1933 habe mit der Maßnahme durch Adolf Hitler die entscheidende Wendung gebracht. Die Arbeitslosenfrage sei stark abgemildert, was allerdings — und hier wandte sich der Minister an das Ausland — durch die Statistik der Franzosen voll bestritten wird. Zu Beginn des Jahres 1933 sei in der Arbeitslosenfrage ein Fehlbetrag von 750 Millionen Mark entstanden. Trotzdem habe er damals keine Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen, überzeugt davon, daß aus der Arbeitsbeschaffung eine solche Senkung der Arbeitslosenfrage kommen würde, daß jeder Fehlbetrag praktisch auch nicht annähernd in der erwähnten Höhe in Erscheinung treten werde. Tatsächlich sei denn auch der damals angenommene Fehlbetrag bereits auf 200 Millionen Mark heruntergegangen. Bestätigt werde die wirtschaftliche Besserung weiter dadurch, daß die Umsatzerlöse nicht 1350 Millionen erbracht haben, sondern rund 1500 Millionen Mark. Der Minister fuhr dann fort:

Das, was 1933 geschaffen worden ist, waren nicht zusammenhanglose plöbliche Einzelneinüsse, sondern alles waren Glieder eines einheitlichen Planes. Die Belagerung der Wirtschaft kann nur dadurch erfolgen, daß Kassen, die wir als überhöht erkannt haben, gekürzt werden. Das ist im Laufe des Jahres geschehen, aber nicht in der Form, daß wir eine einheitliche große Senkung gemacht hätten; denn dazu waren wir zunächst nicht imstande, sondern dadurch, daß wir eine Senkung haben eintreten lassen, die alsbald ein wirtschaftliches Ergebnis brachte.

Der Minister erwähnte in diesem Zusammenhang den Fortschritt der Kraftfahrzeugsteuer und die Gewährung von Darlehen zur Förderung der Geschichtswissenschaft.

Wenn man jetzt auf landwirtschaftlicher Seite zugibt, daß es langsam besser wird, dann ist das nicht nur eine Folge der Maßnahmen auf dem Gebiete der Preisgestaltung, sondern auch eine Folge der Maßnahmen, die zur Entlastung ergriffen wurden. Die Sanierung der Gemeinden, die Gemeindeumbildung und die Uebernahme des Kassenfünftels von den Gemeinden auf das Reich, die Verringerung der Wohnfahrzeugsteuern der Gemeinden, sie sind nicht geschahen worden im Interesse der Gemeinden, sondern das ist ein Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Es ist damit natürlich nicht gelungen, die Gemeinden zu sanieren.

Gesunde Kommunalfinanzen

Aber das Gros der Gemeinden kann zum ersten Male für 1934 wieder einen ausgeglichenen und gesunden Haushalts aufstellen.

So lange aus einer erstarren Wirtschaft die Initiative nicht neue Ergebnisse bringt, so lange die normale Auftragserteilung nicht wieder das übliche Maß erreicht, so lange muß eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung vom Reich eingreifen. Diese öffentliche Arbeitsbeschaffung war absolut notwendig, muß aber auch in ihrer Begrenzung verstanden werden, weil sie nur eine Übergangszeit überbrücken soll. Es ist falsch, als einer künstlichen Arbeitsbeschaffung zu sprechen, denn sie ist nicht künstlich, sondern sie ist in diesem Augenblick und in dieser Lage notwendig und gerechtfertigt.

Der Minister behandelte dann eingehend die Frage der Finanzierung und betonte dabei, daß das Geld zur Bezahlung der Arbeitsbeschaffungsprogramme selbstverständlich nicht dem laufenden Haushalt entnommen werden konnte. Da Reserven aus guten Zeiten nicht vorhanden seien, habe man die Reserven aus der Zukunft vorübergehend nehmen müssen. Weiter wies der Minister darauf hin, daß im Arbeitsbeschaffungsprogramm schon an Steuerzuschüssen eine Vorbelastung von rund 4 Milliarden steht, und weiter ein Haushaltsfehlerbetrag in Höhe von 2 Milliarden Mark aus vergangenen Zeiten mitgeschleppt werden muß.

Jedem eine Gefahr für die Währung bestehe damit jedoch nicht, da durch die Maßnahmen der Reichsregierung die Quellen erschlossen worden seien, aus denen die Vorbelastungen wieder abgezahlt werden können.

Was den Plan für 1934 betreffe, stehe aus dem Programm des Vorjahres noch ein nicht unerheblicher Rest zur Verfügung: dieser Restbetrag und die Durchführung des

Autobahnenprogramms ergeben bereits das gleiche Volumen wie 1933. Hinzu komme, daß die mittelbare Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms von 1933 sich erst jetzt auszuwirken beginne.

Aber eines ist tatsächlich stark zurückgeblieben: Die Arbeitsprogramme hätten sich nur auf einen Teil der Industrie ausgewirkt. Hier müsse nachgeholfen werden. In diesem Zusammenhang wies der Reichsfinanzminister auf das vom Kabinett verabschiedete Gesetz zur Verstärkung der Kaufkraft hin. Es ist unmöglich, Steuerpolitik zu treiben, wenn gleichzeitig die zahlreichen neuen Gesellschaften des öffentlichen Rechts ohne Rücksicht auf den Finanzminister Beiträge usw. erheben können.

Senkung der Einkommensteuer

In diesem Jahre, so fuhr der Minister fort, steht die Steuerreform auf dem Programm der Regierung. Ich bin der Überzeugung, daß wir mit der wichtigsten Steuer, der Einkommensteuer, wesentlich herabgehen können. Es ist eine alte Erfahrung, daß zu hohe Einkommensteuersätze sich stumpf laufen. Ich glaube deshalb, daß wir eine Reform eintreten lassen können, weil ich auf einen Mehrertrag der Einkommensteuer infolge steigender Steuerkraft rechnen.

Der Minister streifte dann die Frage unserer Beziehungen zum Ausland und den Rückgang unserer Industrierausfuhr sowie die Frage der Rohstoffbeschaffung. Amerika werde einsehen müssen, daß es auf die Dauer einen Kuchen nicht doppelt essen könne, und zwar nicht gleichzeitig als Gläubiger und als Exporteur. Auf einen müsse es verzichten. Der starke Staat, den wir jetzt haben, sei berufen zu einer aktiven Wirtschaftspolitik, aber die Initiative und Verantwortung für die einzelnen Wirtschaftskrisen und Arbeiters muß unangefastet bleiben.

Es geht vorwärts

Der Stellvertreter des Führers in Hamburg.

Der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, weilte in Begleitung des Reichsleiters Martin Bormann in Hamburg. Der Besuch des Ministers galt zunächst der ihm unterstellten Auslandsorganisation. Der Stellvertreter des Führers befristete eingehend die Räumlichkeiten und Einrichtungen der Auslandsorganisation und ließ sich von den Dezentralen der zahlreichen Abteilungen über die umfangreiche und weltumspannende Arbeit ausführlich Bericht erstatten. Anschließend stattete er der Seefahrtsabteilung im Gloman-Saun einen Besuch ab.

Aus Anlaß der Anwesenheit des Stellvertreters des Führers veranstalteten die politischen Leiter des Gaues Hamburg der NSDAP gemeinsam mit dem Amtswalter der NSDAP einen erdrückenden Aufmarsch auf dem Adolf-Hitler-Platz. Am dem Rathausportal nahm Reichsminister Heß mit Reichsstattthalter Kaufmann den Vorbesuch ab. Vom Mittelbalkon des Rathauses hielt der Stellvertreter des Führers eine Ansprache, in der er nach einem Rückblick auf die Jahre der Not ausführte:

Die Menschen haben wieder eine Hoffnung, sie haben wieder einen Glauben. Ein Driffel von denen, die einst ohne Arbeit waren, sind heute in Arbeit. Ein Jahr nach der Verkündung des Vierjahresprogramms des Führers ist bereits ein Drittel davon erfüllt. Gewiß, sie arbeiten um fargen Lohn, aber während sie in früheren Jahren bei allen Rückschlägen keine Hoffnung haben konnten, so sehen sie doch heute alle: es geht voran, langsam, aber sicher.

„Sie sind Kämpfer in einer Stadt“, wandte sich der Stellvertreter des Führers an seine Mitkämpfer, „die das größte Ausfalltor Deutschlands ist. Hier laufen die Schiffe ein und aus, hinaus in die Welt, und mit den Schiffen und ihren Mannschaften werden die Ideen des Führers hinausgetragen in die Meere zu anderen Völkern. Hier in Hamburg aber auch kommen die fremden Gäste nach Deutschland hinein, und hier bekommen sie den ersten Eindruck vom jungen und neuen nationalsozialistischen Deutschland. Das gibt Ihnen, meine Mitkämpfer, besondere Verpflichtungen auf. Sehen Sie sich diesen immer bemüht daß der erste Eindruck für die Fremden entscheidend ist.“

Selen Sie sich auf Treib und Schritt bemüht, daß Sie die Repräsentanten des Nationalsozialismus sind. Denken Sie, wo Sie auch stehen, an den Führer, an Ihr Volk und an Ihr Deutschland. Denken Sie daran, daß spätere Generationen auf Sie schauen werden und Ihr Urteil fällen werden. Selen Sie würdig Ihres großen Führers. Selen Sie würdig Deutschlands.“



ROMAN VON LUCIE REINHARD.

„Wenn du es willst, so schweigen wir noch und halten an unsern Bund geheim, trotzdem es mir nicht recht erscheint, so hinter dem Rücken meiner Eltern und deiner Großmutter. Ich bin stets für Klarheit und möchte dich vor aller Welt meine Braut nennen.“

„Sie werden uns trennen, wenn sie es wissen“, sagte sie zitternd. „In den nächsten Tagen kommt meine Schwesster mit ihrer Familie auf einige Wochen her, und wenn sie erfährt, daß wir uns lieben, wird sie alles mögliche versuchen, uns auseinanderzubringen.“

„Wenn es ihr gelingt!“ lachte er glücklich und preßte sie an sich. „Wenn du mich liebst, Veronita, wird keine Macht der Erde dich zu etwas zwingen können, das unser Glück vernichtet. Und wenn die Zeit darüber ist und eure Gäste wieder fort sind, dann, mein Mädchen, bitte ich die Großmutter um deine Hand. Und wenn sie dagegen ist, so warte wie eben, bis du großjährig geworden bist.“

„Und was werden deine Eltern sagen, Gerhard?“

„Sie werden sich beide freuen über unser Glück. Die Mutter hat dich ja schon lange in ihr Herz geschloffen, das weißt du ja; und der Vater wird auch nichts dagegen haben, wenn er sieht, daß wir uns lieben. Und das tun wir doch — nicht wahr, mein süßes Mädchen?“

„Ja, Gerhard, unbeschreiblich.“

In den Büschen verlang der sehnüchsvolle Sang der Nachtigall. Das hörten die beiden aber nicht; sie waren eingepoinnen in ihr junges Glück wie mit Zaubersäden.

Im hohen, mit hölzer Pracht eingerichteten Zimmer herrschte einen Augenblick Stille, die nur von dem gleichmäßigen Zittern der große Ständer unterbrochen wurde. Frau von Hagen blickte sich ängstlich auf die Lippen, und der finstere Blick ihrer kalten Augen streifte den Mann, der soeben erklärt hatte, daß ihm nichts mehr an dem Stück Land liege. Damals, ja, da wäre es was anderes gewesen, aber jetzt hätte er sich die Gesichte überlegt.

„Aber ich brauche Geld“, stieß sie hervor, „und brauche das Land nicht mehr; ich hab' es eben auch überlegt. Wenn Sie es nicht taufen, Herr Mathiesen, dann wird es ein anderer tun. Aber Sie täten mir wirklich einen persönlichen Gefallen.“

Hermann Mathiesen hätte am liebsten seinen Hut genommen und wäre davongegangen, denn er konnte jene Stunde damals nicht vergessen, als sie ihm fast grob seine Bitte abgeschrieben hatte. Doch er konnte das Land so nötig für seinen Sägeshof, den er unbedingt erweitern mußte, verwerten, da es doch daneben lag.

Wenn sie nicht dringend Geld nötig hätte, dachte er, so würde sie mir sicher nicht das Angebot jetzt gemacht haben. Aus purer Menschlichkeit tut sie es nicht! — Es war ihm eine gewisse Genugtuung, daß sich diese Frau so demütigen mußte; denn daß tat sie, und es fiel ihr sehr schwer.

„Run gut“, sagte Hermann Mathiesen nach kurzem Ueberlegen, „ich werde das Land taufen.“

Frau von Hagen atmete sichtlich auf. Dann sagte sie hastig:

„Es wäre mir lieb, wenn Sie mir gleich eine größere Anzahlung machen würden.“

Wenn Sie es wünschen, bin ich selbstverständlich dazu bereit. Mein Sohn wird morgen kommen und Ihnen die vereinbarte Summe überbringen.“

Sie zwang sich zu einem freundlichen Gesicht. Aber Hermann Mathiesen überließ die Hand, die sie ihm zögernd entgegenstreckte. Er machte nur eine knappe Verbeugung und verließ das Zimmer, während Frau von Hagen ihm mit verkniffenem Gesicht nachblöhte.

Sie hatte wenigstens erreicht, was sie wollte: Geld, viel Geld für die nächste Zeit, wenn der Besuch kam. Aber in ihre Genugtuung mischte sich doch eine gewisse Beschränkung, daß sie sich hatte so demütigen müssen, gerade diesen Mathiesens gegenüber.

Mit zitternden Händen legte sie die letzten Schmutzfude, die sie hätte verkaufen müssen, wenn aus dem Kauf nichts geworden wäre, wieder in ihren Notokostenschublad zurück. So viel stand bei ihr fest: Wenn Veronita Frau von Trofien war, mußte sie für alle Ausgaben, die sie doch nur iherwegen hatte, mit Zins und Zinseszins zurückzahlen.

Dann würde man auch das Schloß wieder reuovieren lassen, könnte sich wieder neu einrichten, neue Pferde kaufen und Gäste einladen, denn Trofien sollte schließlich sein. Frau von Hagen veriant in lodende Zukunftsbilder, die vor ihrem Geist erstanden, und träumte sich zurück in Reichtum und Glanz.

Und währenddessen saß Veronita auf der verschwiegenen Wank in dichten Beschick und sah sich schon im Gehn als einfache Frau Mathiesens über den Sägeshof gehen, sah sich schalten und walten in Haus und Garten, und sah eine blühende Ackerkultur lachend um sich herum tummeln.

„Was wollte denn die stolze Frau von Hagen“, fragte Frau Anna ihren Mann, „daß sie dich zu sich bitten ließ?“

„Wie ich dachte — mir das Land wieder anbieten“, erzählte Hermann Mathiesen schmunzelnd. „Stät wahr sichtlich wieder in arger Geldverdrängnis.“

„Sie bekommt ja auch den Besuch ihrer verheirateten Enkelin und ihrer Familie, wie Fräulein Veronita er zählte, und das kostet natürlich sehr viel Geld. Die Katzen steins lieben doch, aus dem vollen zu wirtschaften“, sagte Frau Anna.

„Und verkaufen ein Stück Land nach dem andern“ nicht der Sägemüller und wandte sich dann an seinen Sohn: „Du kannst morgen für mich das Geld zu ihr bringen, Gerhard; ich mag mit der Frau nicht mehr zu tun haben.“

Frankreichs starres Nein

Die Antwort an England. — Pariser Ausschüfte, Verhandlungen, Drohungen. — Schrei nach Genf.

Frankreichs Antwort an England in der Abrüstungsfrage konnte auch in London nach den Erfahrungen von und seit der Reise Cedens kaum überhört werden. Man war doch Frankreich dabei befangen, jeden erdlichen Abrüstungsvertrag zu durchkreuzen, wohl aber werden gerade die englischen Regierung die Weise und die Tonart befremdlich empfinden werden, mit der sich die französische Regierung angeht, einer so eindringlichen Aktion für Abrüstung zurückzusetzen auf ihr starres Nein, wie sie umhüllt einen Rückfall in Bedenken und Forderungen befindet, die man trotz allem doch heute für überwindlich hielt.

Die Rückkehr zu Versailles in der sichstoffigen englischen französischen Auslegung, der „schöne heilige“ Ruf Sicherheit, der Rückfall in die feindselige Drohung des langens nach Sanktionen — das sind die tatsächlichen Punkte der französischen Note, über die ihre mühsamen Verschiebungsvorläufe nicht hinwegtäuschen können, und denen der Ruf nach dem Völkerrund als Exzentur der französischen Forderungen hinzugeht.

Die ganze Note ist ein einziges Negativum, so braucht sie sich bemüht, positive Töne vorzubringen. Frankreich ignoriert vollkommen die Wege, auf denen sich wenig in letzter Zeit die Erörterungen der ernsthaft um die Abrüstung bemühten Regierungen bewegt haben.

Es verfährt vollkommen die Basis, die sich aus diesen Erörterungen herauszuschälen begann. Es legt an die Stelle Anschauungen und Forderungen, die einer ehrschrunden und überwindenen Zeit angehören.

Es fällt dabei sofort auf, wie von der französischen Regierung die Kontrollfrage, die in ihrer früheren Note so breiten Raum einnahm, plötzlich nur noch als Nebensache behandelt wird — seit sich zeigt, daß über die Punkt dank dem deutschen Entgegenkommen eine Verabredung durchaus möglich wäre. Statt dessen wird jetzt Problem der „Durchführungsgarantien“ in den Vordergrund gerückt, der Ruf nach Sanktionen, die in ein geordnetes System der Steigerung gebracht werden sollen für den Fall einer etwaigen Bedrohung Frankreichs, dabei auch Beförderung für die Sicherheit anderer Staaten zur Schau getragen wird, macht die Unaufrichtigkeit der Ausführungen doppelt sichtbar.

Entscheidend ist die bedingungslose Ablehnung jeder französischen Abrüstung.

Man ist in Paris nicht bereit, einem Vorschlag nachzutreten, der die Abrüstung Frankreichs verfahren würde, so sagt die Note, die sich eingangs nicht genug um ein Eigenlob über „Frankreichs Taten am Wert der Abrüstung“. Einige wenige kurze Daten genügen, um Taten ins richtige Licht zu rücken. Nachdem Frankreich seinen Heeresetat in den Jahren 1928 bis 1932 durch ständige Steigerung der Ausgaben um 100 Prozent erhöhte hatte, war es ihm ein leichtes, im Jahre 1933 der gegenüber Abrüstung im Heeresetat vorzunehmen, die allerdings nur etwa 10 Prozent gegenüber dem Vorjahre tragen. Das gleiche gilt für die Effektivstärke des französischen Heeres, die in den vorangegangenen Jahren so gesteigert wurde, daß die Verminderung im Jahre 1934 vollkommen wettgemacht ist.

Dagegen haben die französischen Kolonialtruppen den Jahren nach dem Kriege eine starke Vermehrung erfahren, die sie auf fast das Doppelte des Standes Kriegsbeginn bringt. Die französischen Heeresausgaben tragen nicht weniger als 34 Prozent des französischen Gesamthaushaltes für 1933.

Zum Vergleich genügt der Hinweis darauf, daß im England 15,4 Prozent, in den Vereinigten Staaten 6,2 Prozent, in Nordamerika 8,6 Prozent, in Sowjetrußland 6,5 Prozent betragen und in Deutschland, wo die Untkosten für das Heerwillingenbeere besonders hoch sind, nur 4,5 Prozent.

So sehen die Dinge in Wirklichkeit aus. Das weiß man in England ebenso genau wie überall in der Welt.

Man weiß dort auch, besonders nach der Reise des Vizekonsulgenwartens Eben weiß man das mit unabänderlicher Deutlichkeit, was Deutschland für die Abrüstung anbetan hat.

es weiter zu tun bereit ist. Aber man weiß auch, was Deutschlands Industrieleistungen sind, die ihm das Gebot der Aufrechterhaltung der nationalen Würde diktiert, und diese deutschen Notwendigkeiten hat England weitgehend in Rechnung gestellt, als es sein letztes Memorandum an Frankreich richtete. Nun sieht sich London der Pariser Antwort gegenüber. Es sieht sich vor einer neuen, von Frankreich verhandelten schweren Trübung der europäischen Atmosphäre. Hofft man in London noch immer mit Grinsen der Bemerkung zum Erfolg zu kommen, wo mangelnder guter Wille so offen zu Tage liegt? Noch einmal hat England das Wort. Aber die Stimme aus Frankreich klingt mitteilend über die Welt.

Stärkung der Kaufkraft

Wichtige Beschlüsse des Reichskabinetts

Das Reichskabinetts verabschiedete in Fortsetzung seiner Beratungen ein Gesetz zur Erhaltung und Hebung der Kaufkraft. Dieses Gesetz sieht in seinem ersten Teil eine Kontrolle der Finanzgebardung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts und ähnlicher Verbände und Organisationen vor.

Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten nicht für die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, für die Träger der Sozialversicherung, für die Deutsche Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn, für die Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts und für die NSDAP. Sie finden dagegen Anwendung auf Verbände und Organisationen, die sich in der einen oder anderen Weise an die NSDAP anlehnen und auf besondere Anordnung der Reichsregierung auch auf Verbände und Organisationen, die zwar nicht juristische Personen des öffentlichen Rechts sind, wenn an ihrer Finanzgebardung und an der Erhebung von Umlagen und Beiträgen durch sie ein öffentliches Interesse besteht.

Das Gesetz sieht eine weitgehende Finanzsicht und Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben der genannten Verbände und Organisationen vor, ebenso eine Kontrolle der Umlagen und Beiträge, die von diesen Verbänden und Organisationen erhoben werden.

Der zweite Teil des Gesetzes befaßt sich mit der Erhebung von Spenden, die in Zukunft der Genehmigung des Stellvertreters des Führers der NSDAP im Einkommen mit dem Reichsfinanzministerium bedarf. Der dritte Teil enthält Bestimmungen über die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, wonach eine wesentliche Beschränkung in der Abgabepflicht bzw. eine völlige Befreiung von der Abgabe eintritt.

Befreiung von der Arbeitslosenhilfe

Die Kaufkraft der Bevölkerung wird durch die wesentlichen Steuer- und Beitragserleichterungen um mehr als 300 Millionen RM verbessert, und zwar allein bei den Lohn- und Gehaltsempfängern. Bei den Erleichterungen für die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe wurden bevölkerungspolitische Gesichtspunkte gewahrt. Lohn- und Gehaltsempfänger mit drei und mehr Kindern sind ab 1. April völlig frei von der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, während für Ehepartner mit einem und zwei Kindern die völlige Freiheit nur bis zu einem Monatsentlohn von 500 RM gewährt wird; bei höherem Einkommen in diesen Fällen treten ermäßigte Sätze ein. Die Freigrenze für die übrigen Arbeitnehmer liegt bei einem Monatsentlohn von 100 RM.

Staffelung der Abgabe

Bei Steuerpflichtigen, denen keine Kinderermäßigung nach dem Einkommensteuergesetz zusteht, beträgt die Abgabe:

- a) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 100 RM übersteigt, aber nicht den Betrag von 150 RM übersteigt, 1,5 v. H.,
 - b) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 150 RM übersteigt, aber nicht den Betrag von 300 RM übersteigt, 2,5 v. H.,
 - c) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 300 RM übersteigt, aber nicht den Betrag von 700 RM übersteigt, für die ersten 300 RM 2,5 v. H., für den Restbetrag 5,75 v. H.,
 - d) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 700 RM übersteigt, aber nicht den Betrag 3000 RM übersteigt, 5,75 v. H.,
 - e) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 3000 RM übersteigt, 6,5 v. H. des jeweils gewährten Arbeitslohns.
2. Bei Steuerpflichtigen, denen Kinderermäßigung für ein Kind oder zwei Kinder nach dem Einkommensteuergesetz zusteht,
- a) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 500 RM übersteigt, aber nicht den Betrag von 700 RM übersteigt, 3 v. H.,
 - b) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 700 RM übersteigt, aber nicht den Betrag von 3000 RM übersteigt, 4 v. H.,
 - c) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 3000 RM übersteigt, 5 v. H. des jeweils gewährten Arbeitslohns.

Paragraph 5. (1) Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe beträgt 1,5 vom Hundert des Arbeitslohnes, wenn dieser nach Maßgabe einer der Gehaltsfürsorgeverordnungen zu kürzen war. Ausgenommen sind diejenigen Fälle, in denen die in Paragraph 3 bezeichneten Grenzen nicht überschritten werden.

Ferner genehmigte das Reichskabinetts ein Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes, wonach Steuerermäßigungen bzw. Steuerbefreiungen für Kraftfahrzeuge aus dem Auslande festgelegt werden, um den Fremdenverkehr zu fördern.

Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe der Aufsichtsratsmitglieder schafft keine neue Belastung, sondern dehnt lediglich die bisher unter der Bezeichnung „Zustimmung der Aufsichtsratsmitglieder“ bestehende Sonderbelastung auf die Zeit nach dem 31. März 1934 aus.

Ein Gesetz über die Bildung eines Anleihefonds bei Kapitalgesellschaften bestimmt, daß bei Ausschüttung von 6 v. H. und mehr der gegenüber dem Vorjahre erzielte Mehrbetrag im Anleihen des Reiches, der Länder oder der Gemeinden angelegt werden muß.

Das Reichskabinetts genehmigte ferner ein Gesetz über Verlängerung des Passagierschiffes für die Binnenschiffahrt bis zum 31. Oktober 1934.

Ferner genehmigte das Reichskabinetts ein Gesetz zur Änderung des Scherengesetzes, wonach Danzig in den inländischen Scherengesetz einbezogen wird, ein Schlachthausgesetz, durch das die jetzt noch bestehenden großen Viehbeschlagnahmungen der geltenden Gesetze beseitigt werden; ein Gesetz über Bewußtseinsprüfung und Anerkennung gemeinsamer Wohnungsunternehmen, das mehrere an sich selbständige gesellschaftliche Grundbesitzer zwecks Vermehrung besonderer Einzelgelder zusammenfaßt; ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Förderung der Ehepartnerschaften; ein Gesetz zur Änderung der Reichsabgabebestimmung und des Waffengebrauchsgesetzes, das lediglich für die Beamten der Reichsfinanzverwaltung besondere Befreiungen festsetzt; ein Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit und andere Rechtsangelegenheiten in der Wehrmacht, das nur formale Bedeutung hat; ein Gesetz zur Änderung der Vorschriften des Strafrechts und des Straßverfahrens,

durch das die Vorschriften gegen den Hochverrat, gegen den Landesverrat und gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zusammengefaßt, überflüssig gestrichelt und die Strafbestimmungen verkürzt werden; ein Gesetz über Reichsverweisung von Ausländern, und schließlich die Aufhebung des Gesetzes über die Befreiung der Gebäude des Reichslags und der Landtage, das heute überflüssig geworden ist (Bauunternehmensgesetz).

Österreichs neue Verfassung

Die Begebnisse der gegebenden Körperschaften. Die „Allmähliche Wiener Zeitung“ bestätigt nunmehr in einem Artikel von besonderer Seite die bereits gemeldeten Grundzüge der österreichischen Verfassung und ergänzt sie durch eine Reihe bemerkenswerter Einzelheiten, aus denen hervorzuheben ist, daß im allgemeinen die Regierungsorganen durch die gegebenden Körperschaften nicht abgeändert sondern nur angenommen oder verworfen werden können.

Beratende Körperschaften werden vier errichtet werden: der Staatsrat mit 40–50 Mitgliedern, die vom Bundespräsidenten auf die Dauer von zehn Jahren ernannt werden; der Kulturrat mit 30–40 Mitgliedern; der Wirtschaftsrat mit 70–80 Mitgliedern und der Länderrat mit je zwei Mitgliedern aus jedem Bundesland und aus Wien. Aus diesen Körperschaften wird dann die beschließende Körperschaft gebildet, die Bundesversammlung. In diesem Bundestag wählen der Staatsrat 20 Mitglieder, der Kulturrat 10 Mitglieder, der Wirtschaftsrat 20 Mitglieder und der Länderrat 9 Mitglieder.

Die Gesetzesinitiative liegt bei der Regierung. Die Regierung Holt von den beratenden Körperschaften Gutachten ein und arbeitet danach die endgültige Vorlage aus.

Staviskys Juwelen aufgefunden

In London beschlagnahmt.

Ein französischer Polizeikommissar hat in dem Londoner Leihhaus Sulston die gesamten Juwelen Staviskys im Werte von 10 Millionen französische Francs beschlagnahmt. Diese Schmuckgegenstände sind mit insgesamt 8000 englischen Pfund beschlagen worden. Die erste Inhabensperiode geht auf den 25. September 1933, die vorletzte auf den 5. Dezember 1933 und die letzte auf den 8. Februar 1934, also auf eine Zeit nach dem Tode Staviskys zurück.

Die Schmuckstücke sind im Auftrage Staviskys aus dem Bayonner Leihhaus, wo sie als Pfand lagen, entfernt worden.

Der Sarg mit der Leiche Staviskys wurde auf dem Friedhof in Chamonix wieder ausgegraben und in das Leichenhaus übergeführt. Dort wurde der Sarg in Anwesenheit der Ärzte, die die erste Obduktion vorgenommen hatten, geöffnet. Die Ärzte zeigten den Vertretern der Gerichtsbehörde, daß die Brust Staviskys keine Wunde aufweist. Darauf wurde der Sarg wieder geschlossen. Er wird in einem Gebäudenach Paris befördert, wo die zweite Leichenöffnung vorgenommen werden soll.

Der Brigadegeneral Bardi de Fourtour ist aus der Offiziersliste gestrichen worden. Die Streichung erfolgte aus Grund der Beurteilung des Generals im Zusammenhang mit dem Stavisky-Skandal.

Merlei Neuigkeiten

Eichendorffs Eitel geüben. In den Folgen eines Behirnschlages starb in Altenbovenheim bei Rothenheim Freiherr Karl von Eichendorff, der letzte Nachkomme des großen deutschen Romanikers und Dichters Josef von Eichendorff.

Die Brillanten in den Schuhschloß. Auf der Polizeikassette des Bahnhofs Buntzen gelang es den polnischen Zollbeamten, einen außerordentlich großen Brillantenschmuggel aufzudecken. Bei der Abfertigung des Zuges Berlin-Bücherei fiel den Beamten 30 verpackte Behälter eines Mannes auf. Nach genauer Untersuchung seines Gepäcks wurde er auch einer Leibesdurchsuchung unterzogen, die ein ungewöhnliches Ergebnis hatte. Es wurden 1178 Brillanten verschiedener Größe, die zum Teil sogar in den Schuhschloß versteckt waren, zutage gefördert. Die Brillanten haben einen Wert von etwa 4 Millionen Zloty. Der Schmuggler ist ein jüdischer Kaufmann namens Schulden Genowal aus Antwerpen. Er wurde in das Königshütter Gefängnis eingeliefert. Die Brillanten wurden beschlagnahmt.

Verurteilung französischer Spione. Das Strafgericht in Toulon hat einen Geheimschlichter und einen Konstruktionszeichner wegen Unterjochung und unerlaubten Besitzes militärischer Schriftstücke zu 30 Monaten Gefängnis und 200 Francs Geldstrafe bzw. 1 Monat Gefängnis und 100 Francs Geldstrafe verurteilt. Die beiden Verurteilten sollen verhaftet haben, Konstruktionspläne für Unterjochungen sowie Pläne für Torpedos auf den englischen und japanischen Konsul in Marseille zu verkaufen.

Erdschlag und Bergwühlung. In einigen Gebieten Oberitaliens, und zwar besonders in den Städten Bergamo und Brescia und in den anliegenden Tälern wurden drei heftige Erdschläge verpiert. Der Bevölkerung bedrohliche sich starke Erregung. Es sind nur leichtere Sachschäden verursacht worden. In der bergigen Gegend von Pescara haben sich in der letzten Zeit wieder verschiedene Bergwühlungen ereignet. Am Monte Ercole haben die niederfließenden Geröllmassen zwei Brücken der Provinzialstraße mitgerissen. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt.

Einfallungslid in einer Dorfschenke. In einer kleinen Dorfschenke der Provinz Teramo hatten sich ungefähr 150 Personen in der Dorfschenke zu einer spirituellen Sitzung versammelt. Plötzlich gab der Fußboden nach, und die ganze Gesellschaft verlor in den unter dem Lotal befindlicher Kellerraum. 33 Personen wurden bei dem Sturz in die Tiefe verlegt, darunter drei schwer, so daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Eisbrecher „Kraffin“ unterwegs zur „Isheljustin“-Belagerung. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, ist der Eisbrecher „Kraffin“ aus Veningrad ausgelaufen, um an der Rettungssaktion für die Belagerung der „Isheljustin“ teilzunehmen. In der Nacht von Dultorfsoje sind fünf Sowjetflugzeuge zur Rettung der „Isheljustin“-Belagerung aufgeflogen, um nach Kap Wankarem zu fliegen. Diese Stelle des nordrussischen Festlandes liegt dem Vager der „Isheljustin“-Belagerung im Eismeer am nächsten, so daß man hofft, mit Hilfe der Flugzeuge von dort aus die Belagerung retten zu können. Ferner wurden dem Kommando von zwei Sowjetflugzeuge auf dem Kommando „Sommeil“ verladen, die auf dem Seewege nach der nordrussischen Küste geschickt werden sollen, um dort ebenfalls für die Rettungsarbeiten eingesetzt zu werden.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

ESLIEH, den 27. März 1934

Tagessieger

☉-Aufgang: 6 Uhr 17 Min. ☾-Untergang: 6 Uhr 50 Min.

Schmaffler:

12.19 Uhr Vorm. — 12.36 Uhr Nachm.
28. März: 1.18 Uhr Vorm. — 1.18 Uhr Nachm.

* Das Postamt zahlt die Sporentanten für April am 28. März, die Invalidenten und Unfallrenten am 31. März.

* „Schulschiff Deutschland“ des Deutschen Schulschiffvereins ist nach einer Radiomeldung vom 24. März infolge Windstille bei Folkestone im Englischen Kanal zu Anker gegangen.

* Die Segelfliegergruppe ESLIEH labete zu Sonnabendabend alle Wehrverbände und daterländischen Vereine zum 1. Kameradschaftsabend mit Damen im Bootshaus, dem winterlichen Bauraum der Fliegergruppe, zu Kaffe und Kuchen ein. Kamerad Höpfer, der Stützpunktleiter, hieß alle Er erschienenen aufs herzlichste willkommen, freute sich zu dem guten Besuch, und brachte auf die Gäste, insbesondere auf die deutschen Frauen, ein dreifaches Flügelh aus. Kuchen waren im Laufe des Nachmittags in Hausen gestiftet worden, so daß jeder sich ausgiebig bei der lederen Sache annehmen konnte. Herr Bürgermeister Jöbken ergriff das Wort. In fertigen, begeisterten Worten sprach er über die Begriffe der Treue und der Kameradschaft. Er erwähnte weiter, so wie der Fliegersturm sein Fest heute aufgezogen hat, und daß alle Wehrverbände durch ihre Führer vertreten sind, so wäre das richtig im Dritten Reich. Bürgermeister Jöbken bat, daß dieses kameradschaftliche Verhältnis und dieses gute Einvernehmen so weiter gepflegt werden möge. Es sprachen ferner: Herr Küllen für die „W-Referend 1 „Stahlhelm“, Herr Reide für den Segelclub „Wehrstrand“, Herr Denker für den Marineklub. Alle Redner erwähnten das gute Verhältnis und den guten Geist innerhalb der Fliegergruppe und versprachen alle, weiterhin miteinander gute Kameradschaft zu pflegen. Einen besonderen Dank erntete Kamerad Neumann, der geistige Urheber und Ausführender des Fliegersturm mit seinem assistenten Kamerad Nowold. Mit einigen Verbesserungen innerhalb der Fliegergruppe, mit der Verleihung des Flieger-Charakterabzeichens, das an der Mütze zu tragen ist, an den für die Flieger so verdienstvollen Herrn Bürgermeister Jöbken, wurde der offizielle Teil des Abends beendet und man ging zur Fidselitas über. Bei Musik, Gesang und Vorträgen verging die Zeit im Fluge. Jeder, der die kleine, einfache und doch so nette Veranstaltung miterleben durfte, wird bestätigen, daß jene aus harmonischste verlaufen ist. Flüg Hell!

* Das Pflichtturnjahr im D-Gebiet Weßermarsch. Das Pflichtturnjahr wurde vor drei Jahren im Bayerischen Turnverband eingeführt. Nach dem Umbruch der D-Gebiete sah sich auch immer mehr im D-Gebiet Weßermarsch durch. Zahlreiche Vereine haben bereits ihre Pflichtturner-Niege. Brand, der Pflichtturnerleiter der D-Gebiete dazu in der Deutschen Turnzeitung: „Wem soll das Pflichtturnjahr nützen? — Dem einzelnen Turner, der ein gesunder, maderer, tummelhafter Reel werden soll, der über den Kampf ins Brot nicht verzicht, daß er ein Deutscher ist, ein wertvolles Glied des deutschen Volkes, dem er mit Leib und Seele dienen und für das er jedes Opfer bringen soll. Ein Turner im Jahnischen Sinne sein, heißt rein und ringfertig, feuch und klüß, wahrhaft und wehrhaft, heißt ein Kämpfer sein. Den größten Nutzen werden die Turnvereine haben. Die Pflichtturner werden das Gerippe eines geregelteten Turnbetriebes sein. Aus der turnerischen Vereinsarbeit herauswachsend und in harter Lehre turnerischen Gemeinschaftsinnes erzogen, werden in den Pflichtturner die arbeits-trohen tüchtigen, treuen und verantwortungsbewußten Führer erwachsen. Den größten Nutzen aber wird das Vaterland aus der Mithilfe der D-Gebiete zum Jahnischen zahn ziehen.“ Der D-Gebiets-Oberturmwart Hermann Kreuze des D-Gebiets Weßermarsch verlangt von den Pflichtturnern, daß sie sich auf allen turnerischen Arbeitsgebieten betätigen. Jeder Turner sollte auch verstanden, im Rahmen des Pflichtturnjahres die Übungen für das Reichsportabzeichen zu machen. Daß alle Turner, die nur irgendwie dazu befähigt sind, das SL-Sportabzeichen erwerben, ist ihm selbstverständlich. Er schreibt seinen Turnbrüdern: „Wo nur heran! Alle Weßermarscher verpflichten ihre Turner auf das Pflichtturnjahr, jeder Turner nimmt regelmäßig jede Woche wenigstens an einem Übungsabend teil. Auch Turner, die über 25 Jahre alt sind, können sich beteiligen. Der Turnwart führt gewissenhaft Aufsicht. Wer mehrmals dreimal unentschuldig fehlt, muß ausscheiden. Am Ende des Pflichtturnjahres erhält jeder Turner eine Befähigung über seine Teilnahme. Sie kommt als Einlage in den Turnpass.“ — In der nächsten Zeit wird der Oberturmwart eine Rundfrage bei den Vereinen des Gebietes halten, um festzustellen, ob

Millionen beginnen den Tag Millionen beschließen den Tag mit Chlorodont

Und Sie, lieber Leser? Denken Sie daran: Sie brauchen alle Ihre Zähne - alle Ihre Zähne brauchen Chlorodont!

Geschäftliches

(Außer Verantwortung der Schriftleitung)

Auf die vom Winterhilfswert ausgehenden Gürtelcheine für Hilfsbedürftige über Braunkohlenbriketts kann jeder Berechtigte von seinem Kohlenhändler alle Sorten rheinischer Briketts, und zwar auch die durch ihre hohe Heizkraft und sparsame Verbrennung bei allen Verbrauchern beliebigen rheinischen Doorbriketts „GN“, oder „B“ anfordern, so daß jeder Inhaber eines Gürtelcheines die Gewähr hat, erstklassige Braunkohlenbriketts zu bekommen.

und in welcher Form die Pflichtturner-Kiege eingerichtet worden sind. Dann darf kein Verein, auch der kleinste nicht, fehlen. v. Schammer und Osten sagt: „Alle, die willens sind, mitzuarbeiten, rufe ich auf, an die praktische Arbeit zu gehen, mitzubekommen und dort anzupacken, wo es notwendig ist, das eigene Ich zurückgestellt vor der hohen Aufgabe, ein großes Kulturgut, unseres deutschen Volkes Sport und Turnen, mit Herüberzunehmen in die neue Zeit als einen Bestand von Kraft, Stärke, Stolz und Ehre.“

* Unterbringung von Kriegsbeschädigten. Die Arbeitsämter haben es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben angesehen, allen Unterbringungsmöglichkeiten für Kriegsbeschädigte sorgsam nachzugehen und bei den Arbeitgebern nachdrücklich auf die Einstellung von Kriegsbeschädigten hinzuwirken. Im Zuge dieser Bestrebungen ist zwischen dem Reichsleiter der NS-Kriegsopferversorgung und dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Vereinbarung getroffen worden, die ein enges Zusammenarbeiten zwischen den Arbeitsämtern und den Dienststellen der NS-Kriegsopferversorgung sicherstellt. In gemeinsamer Arbeit soll eine einheitliche Werbeaktion im Rahmen der Frühjahrsbeschäftigung gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden. Kein Weg soll unbeschritten bleiben, um Kriegsbeschädigten im Rahmen des Möglichen Arbeit und Brot zu geben. Damit wird eine Dankeschuld gegenüber den Männern erfüllt, die in schweren Jahren des Weltkrieges Leben und Blut für ihr Vaterland eingesetzt haben.

* Patentschau. B. Holfhaus, Maschinenfabrik, A.-G., Dinklage i. D. Drefchforb. Gebrauchsmuster.

Hesper Torfwerk G. m. b. H., Meppen. Maschine zum Stechen, Heben, Fördern und Ablegen von Torfsoden. Erteiltes Patent.

Carl Peters, Apen i. D. Federnde Befestigungsclammer für Müchlichtstrahler. Gebrauchsmuster.

Paul Söker, Nürtingen i. D. Auswechselbarer Gummiablaß. Gebrauchsmuster.

Hans Krause, Oldenburg i. D. Bleistiftspitzer. Gebrauchsmuster.

* Oldenburger Landesheater. Dienstag, 20 Uhr: (A 26) „Zwei Herzen im Dreivierteltakt“. Mittwoch, 20 Uhr: (DB, IB, IIB, IID, IHD) „Alle gegen einen, einer für Alle“. Donnerstag, 20 Uhr: (B und C 26) „Ratsk“. Sonnabend, 20 Uhr: (AA) „Die Fächerherfrit“. 0.50 bis 1 RM. Sonntag, 18 1/2 Uhr: (AA) „Götterdämmerung“. Montag, 19 1/2 Uhr: (AA) „Zwei Herzen im Dreivierteltakt“. 0.50 bis 3 RM.

§ Oldenburg. Verein Oldenburger Hengsthalter. Seit Jahren war die außerordentliche Mitglieder-Verksamlung im „Neuen Hause“ nicht so stark besucht wie diesmal. Als besondere Teilnehmer seien genannt Ministerialrat Tanzen als Regierungsvertreter, Landesökonomierat Meyer, Krägerdorf bei Berne (Vorsitzender der Staatlichen Rörungscommission) und der Präsident des Pferdezüchterverbandes Hullmann, Eshorn. Der Vorsitzende, H. Schildt, Gammelwarderaufendeich, gedachte des verstorbenen Mitgliedes Führer, Oberstrobe bei Varrel und erteilte dem Geschäftsführer, Ministerial-Jnspektor Helms, das Wort zu etwa folgendem Bericht: Die Hengstföderung war in diesem Jahre als Zeichen eines erfreulichen

Werbung schafft Arbeit!

Aufruf der nordwestdeutschen Zeitungsverleger.

Der Landesverband Nordwestdeutschlands des Reichsverbandes der deutschen Zeitungsverleger erläßt folgenden Aufruf:

„Auf Grund der Anordnung des Führers hat die Arbeitsschlacht für das Jahr 1934 begonnen. Deutscher Volksgenosse, der du Einzelhändler, Handwerker oder Gewerbetreibender bist, nuse für dein Geschäft mehr als bisher die werbende Kraft der Anzeigen in den deutschen Tageszeitungen! Du gibst deinem Geschäft damit neuen Auftrieb und hilfst mit, daß durch Umsatzebelebung sowohl in deinem Geschäft, bei deinen Lieferanten wie auch im deutschen Zeitungsgewerbe neue Arbeitsplätze für unzählige Volksgenossen geschaffen werden. Deutscher Geschäftsmann wirb für dein Geschäft durch Anzeigen in den deutschen Tageszeitungen! Du hilfst dadurch mit am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.“

Aufstieges zu bemerken. Die Zahl der angemeldeten jungen Hengste war gegen das Vorjahr um 38 gestiegen. Der Besuch darf als recht gut bezeichnet werden, die Teilbilne war stets voll besetzt. Viele Hengste wurden verkauft. Das Gespenst der Leberproduktion kommt für die Oldenburgerische Pferdezücht vorläufig nicht in Frage. Wistang war ein Mangel an Deckhengsten vorhanden, dazu leidet der Pferdebestand im Oldenburger Lande, wie die Erhebungen ergaben, einstweilen noch stark an Veralterung. Ministerialrat Tanzen nahm Gelegenheit, eine bemerkenswerte Bestimmung des neuen Pferdezüchtgesetzes vom Oktober v. J. besonders hervorzuheben. Vom 1. April ab dürfen fremdbürtige Hengste überhaupt nicht mehr gehalten, sie müssen bis dahin verkauft oder doch kastriert werden. Damit wird einem Krebsbubden begegnet, der besonders in Südboldenburg der Pferdezücht von großem Nachteil war. Freilich dürfen fremdbürtige Hengste nicht decken, da deren Haltung aber nicht verboten war, ist mit ihnen dann und wann geradezu ein Unflug getrieben worden.

* Oldenburg. Der Abteilungs Vorstand der Heizungsabteilung des Hindenburg-Poly-Technikums, Studienbaurat Freimald, erhielt seitens der Persifchen Regierung den Auftrag, die technischen Entwürfe für die Einrichtung von Heizungs- und Lüftungsanlagen für das Schloß des Schahs und die Persifche Nationalbank in Teheran aufzustellen. Die Heizungsanlagen werden mit deutschem Material errichtet und von deutschen Monteuren ausgeführt werden. Die Verbindung ist durch einen ehemaligen persifchen Studenten erfolgt, der in Oldenburg sein Studium durchgeföhrt hat.

* Oldenburg. Der neue Präsident der Industrie- und Handelskammer, Gewerkschaftsberater Fromm, wurde am 21. Oktober 1896 in Neunde bei Wilhelmshaven als Sohn des Schiffszimmermanns Fr. Wilh. Fromm

geboren. Er besuchte die Volksschule in Schortens, eine vierjährige Lehrzeit in Oldenburg durch und 1915 beim 91. Inf.-Reg. ein. war im Felde und dann in französische Gefangenschaft. Er erhielt 2. Klasse und das Friedrich August-Kreuz 2. Klasse. 1920 lehrte er aus der Gefangenschaft zurück und 2 Jahre als Geschäftsführer in Welferfede tätig. kam er nach Oldenburg. Er gehört mit zu den Kämpfern der NSDAP in Oldenburg und ist Kreisratsmitglied der Dapag-Oldenburg und der Freier in Eimswarden.

* Bremerhaven. Das Schiffskommando des Dampfers „Europa“ des Norddeutschen Lloyd, der Freitag hier eintraf, übergab der Kriminalpolizeiamerikaner, die während der Ueberfahrt von Newyork Bremerhaven als Schiffschwinder entlarvt worden. Es handelt sich um die beiden amerikanischen Staatsgehörigen Charly Watson und Richard King, die im Augenblick vor der Abfahrt der „Europa“ in Newyork dem Newyorker Büro des Norddeutschen Lloyd erteilt waren und den Leiter der dortigen Agentur veranlaßte an Bord zu bringen. Die beiden angetretenen Amerikaner bezahlten ihre Passage erster Klasse mit Schek. Die „Europa“ befand sich bereits auf See, als sich ergab, daß für den Schek keine Deckung vorlag. Das Schiffskommando der „Europa“ wurde telegraphisch veranlaßt, die beiden Amerikaner in Oldenburg zu nehmen und sie in Bremerhaven der Polizei übergeben. Sie werden sich hier wegen Betruges Schiffschwinders zu verantworten haben und bei Gelegenheit nach den Vereinigten Staaten abgeschoben werden.

* Embden. Vor dem Schöffengericht in Embden hatten sich drei Schmuggler und ein Abgabengehelfer dem Rheiderland wegen Bandenschmuggels zu verantworten. Sie hatten erhebliche Mengen von Genussmitteln Deutschland eingeschmuggelt. Der Mechaniker G. Sch. Hultshusen, der Landarbeiter J. H. und der Arbeiter aus Smarlingen waren angeklagt, gemeinsam im Dezember 1932 und Januar 1933 fast 200 Kilo Tee, ebenen Tabak und fast 50 Kilo Kaffee in der Gegend von Hefo hamrnrich eingeschmuggelt zu haben. Ein großer Teil der Waren ist durch den ebenfalls angeklagten landwirtschaftlichen Arbeiter H. Sch. aus Weener den Schmuggler abgenommen und weiterverkauft worden. Die beiden noch nicht einschlägig vorbestraften Angeklagten haben sich dem Bandenschmuggel schuldig gemacht. Auf Antrag des Staatsanwalts erkannte das Gericht gegen G. Sch. und J. H. auf je 165 000 eine Geldstrafe, bzw. für je 600 RM je einen Tag Gefängnis 1567 RM Wertesaf und zwei Monate Gefängnis. er erhielt 145 000 RM Geldstrafe, 1407 RM Wertesaf zwei Monate Gefängnis, während gegen H. Sch. 26 000 RM Geldstrafe, 605 RM Wertesaf und einen Monat Gefängnis erkannt wurde. Die Angeklagten nahmen das Urteil an. Die phantastischen Zahlen von Geldstrafen gewinnen einen sehr realen Wert, wenn zur Strafvorbildung kommt. Die beiden ersten Angeklagten haben demnach außer ihren zwei Monaten, da diese Geldstrafen nicht bezahlen können, je außerdem Tage, der dritte Angeklagte 241 Tage und der Angeklagte noch 43 Tage Gefängnis zu verbüßen. Zusammen genommen hat also G. Sch. eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, J. H. die gleiche, A. H. eine von 10 Monaten und H. Sch. eine von etwa 2 1/2 Monaten zu verbüßen.

3 Reklamz-Kaffees!

1 1 Pfd. 2.⁸⁰ 1/4 Pfd. - 70

2 1 Pfd. 2.⁴⁰ 1/4 Pfd. - 60

3 1 Pfd. 2.⁰⁰ 1/4 Pfd. - 50

3% Rabatt in Marken

KAISER'S KAFFEE GESCHÄFT

Kirchliche Nachrichten.
Gründonnerstag, d. 29. März
10 Uhr: Abendmahls-Gottesdienst
Kollekte für die Seemannsmiffion

Eierverteilungsstelle
hat vorläufig für Eisleth
Carl Michael
Bahnhofstraße 8
Der Bezirksbauernführer

Zwangsvorsteigerung
Donnerstag, d. 29. d. M.,
vorm. 10 Uhr, gelangen in
August Gasthause in Eisleth
1 Schreibmaschine
1 Bücherschrank
21 Bände Meyers Legikon
65 Kisten Zigarren
a 50 Stück
220 Tafeln Schokolade
gegen Barzahlung zur Ver-
steigerung.
Wilkens,
Obergerichtsvollzieher.

Kohlen- Winterhilfe.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Inhaber eines

Gutsheines für Braunkohlenbriketts

Anspruch hat auf alle Sorten rheinischer Briketts, also auch auf

Doofbriketts „GR“ oder „B“

Pflanzkartoffeln Briezumschläge
(holländische Erstlinge) zu verkaufen
G. Mehrens, Deichstrüßen 10
Ab Lager Tidehafen sofort lieferbar:

Düngkalk — Aetzalkalk 42 % Kali
Thomasmehl
Leuna-Montansalpeter
Kalkstickstoff, geölt und ungeölt
Kalksalpeter
Bohnenstangen
Chr. Küklen, Eisleth a. d. Weser
Holz- und Kohlenhandlung
Baumaterialien und Düngemittel
Telefon 373

mit firmenaufdruck
E. Zirk, Buchdruckerei
Zu Gründonnerstag empfehle:

Pinkel Kochmettwurst
Casler Ripppeer
Ger. gestr. Speck
Schinkenspeck
Hans Baumeister

Verreist
vom Mittwoch, d. 28. März bis Montag, den 9. April
Dr. Kübler, Augenarzt
Oldenburg i. O.

Anzeigen für die Sonnabend-Ausgabe

müssen wegen des Karfreitages bis spätestens Donnerstag mittags aufgegeben werden!

Eisleth, den 26. März 1934

Heute entschlief sanft nach längerem, schwerem, mit großer Geduld ertragenen Leiden, unsere liebe, herzensgute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urtroßmutter

Emma Eilers
geb. Lübjen
im 83. Lebensjahre

Zu tiefer Trauer:
Karl Eilers und Frau
Bertha Rückens
geb. Eilers
Willy Eilers und Frau
Karl Mörschner und Frau
Emmi geb. Eilers
und Enkelkinder

Die Beerdigung findet Donnerstag, 15 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt, dabeist um 15 Uhr Trauerfeier.